Nein zur geplanten Abschaffung des biologischen Geschlechts!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete (Name)/Sehr geehrter Herr Abgeordneter (Name) von (Partei),

wir sind eine Gruppe aktiver Frauen und möchten Ihnen unsere Sicht auf das von Grünen und FDP entworfene Selbstbestimmungsgesetz darlegen.

Entwurf grünes Selbstbestimmungsgesetz: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/197/1919755.pdf>

Entwurf FDP-Selbstbestimmungsgesetz: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920048.pdf>

Mit diesem „Selbstbestimmungsgesetz“ sollen zukünftig alle Menschen ab 14 Jahren ihren Geschlechtseintrag selbständig durch bloße verbale Erklärung ändern können. Das gilt völlig unabhängig von ihren körperlichen Geschlechtsmerkmalen und der zugrunde liegenden gesellschaftlichen, rechtlichen und medizinischen Bedeutung des biologischen Geschlechts.

Biologische Geschlechtsmerkmale und die besonderen Folgen, die körperliche Merkmale für die Lebensrealität von Frauen – erwachsene Personen weiblichen Geschlechts – haben (Gebärfähigkeit, Geburt, sexuelle Belästigungen, sexuelle Gewalt), spielen bei Inkrafttreten eines solchen Gesetzes keine Rolle mehr. Damit werden hart erkämpfte und wissenschaftlich untermauerte Erkenntnisse der Frauenbewegung ausgehebelt und für irrelevant erklärt.

Sollte dieser Gesetzesvorschlag angenommen werden, übernimmt die Bundesregierung damit nicht nur die unwissenschaftliche These der Genderidentitäts-Ideologie, wonach Geschlechtszugehörigkeit rein subjektiv und nicht wissenschaftlich überprüfbar ist, sondern das biologische Geschlecht wird de facto abgeschafft. Durch die Einführung eines „gefühlten Geschlechts“ werden Geschlechtsrollenstereotype verstärkt anstatt aufgehoben.

Das vermeintlich progressive liberale Verständnis von Geschlecht erweist sich als rückschrittlich in Bezug auf die Geschlechterrollen. In dem „Selbstbestimmungsgesetz“ wird das Nachahmen stereotyper Geschlechterrollen per Gesetz geschützt und faktisch gefördert. Ein Beispiel: Ein Junge, der lieber mit Puppen anstatt mit Autos spielt, gilt nach der Genderidentitäts-Ideologie als „trans“ oder als mögliche trans Frau. Ein Mädchen, dass die strikten Schönheitsnormen und Geschlechterstereotypen à la Germanys Next Topmodel ablehnt, gilt nach der Genderidentitäts-Ideologie als „trans Mann“.

Die Folge dieses Konzepts für Frauenrechte ist fatal: Es ermöglicht Männern - erwachsene Personen männlichen Geschlechts - die nicht des besonderen Schutzes in unserer Gesellschaft bedürfen, den rechtlichen Status von Frauen zu erhalten.

Außerdem kann sich jeder beliebige männliche Jugendliche oder Mann durch rein verbale Erklärung in Zukunft Zugang zu öffentlichen Toiletten, Duschen, Umkleidekabinen, Versammlungen, sportlichen Wettkämpfen und durch Quoten geförderte berufliche Bereiche für Mädchen und Frauen verschaffen. Besonders die Unterbringung von Männern im Strafvollzug für Frauen versetzt die Frauen in eine Gefahrenlage ohne Ausweichmöglichkeiten.

Die Folgen sind Verletzungen der Menschenrechte der Frau: Schutzräume von Frauen und Mädchen werden bereits jetzt unterwandert. Auch der besonders schützenswerte Bereich der Frauenhäuser ist nicht länger ein Schutzraum für weibliche Opfer von männlicher Gewalt. Sexuellen und gewalttätigen Übergriffen durch Männer wird so erneut Tür und Tor geöffnet.

Geschlechtsspezifische Statistiken als Grundlage von Gleichstellungspolitik werden verzerrt, realitätsbasierte Sprache ausgelöscht, Frauen und Mädchen können sich nicht länger als geschlechtsspezifische Gruppe versammeln und Vereine gründen, ihre politische Teilhabe stagniert und ihre Meinungsfreiheit wird beschnitten. Sie werden einem totalitären Sprachänderungs- und Gedankenregime unterworfen.

Um ordnungspolitische Eindeutigkeit und den Schutz von Frauen und Kindern zu gewährleisten,

muss der Personenstand an die körperliche Realität gebunden bleiben.

**Wir fordern Sie daher dringend auf, die Hürden für die Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags durch Selbstidentifikation zu erhöhen.**

Die von Grünen und FDP vorgeschlagenen Gesetze hätte fatale Folgen für Kinder und Jugendliche, besonders Mädchen, die dadurch dazu ermutigt werden, sich irreversiblen folgenschweren medikamentösen Behandlungen zu unterziehen. Alarmierend ist die Tatsache, dass die Anzahl der Mädchen und jungen Frauen, die sich mit ihrem Geschlecht unwohl fühlen und sich operieren ließen, zwischen 2005/2006 und 2018 enorm gestiegen ist. In Großbritannien stieg in der Altersgruppe 20-25 die Zahl von 8 auf 384 (das ist eine Zunahme von 4800%). Bei den 15-20-Jährigen stieg die Zahl von 7 auf 110 (das entspricht einer Zunahme von 1571%).

Die Mehrzahl der Jugendlichen, die unter der Illusion stehen, das leibliche Geschlecht sei änderbar, sind Mädchen, die sich mit den in der Gesellschaft zunehmend konservativer dargestellten Frauenbildern nicht wohl fühlen. Sie brauchen einen Rahmen, der ihre Entwicklung zu starken, unabhängigen Frauen unterstützt und sie in ihrer Entwicklung zur erwachsenen Frau nicht dazu treibt, schädliche Medikamente zu nehmen und sich ihre Geschlechtsorgane entfernen zu lassen. Die Identifizierung als männlich passt lesbische Mädchen in das heterosexuelle Rollensystem ein.

Eine freie Entfaltung von Homosexualität wird damit ausgehebelt.

Mit dem vorgeschlagenen Gesetz soll den Jugendlichen ermöglicht werden, ohne elterliche Zustimmung durch ein Familiengericht die Personenstandsänderung und damit den ersten Schritt Richtung medizinische Intervention einzuleiten. Streng genommen sind das zwei verschiedene Vorgänge, aber in der Praxis hängen sie zusammen. Minderjährige sind nicht in der Lage, solche schwerwiegenden Entscheidungen zu treffen. In Großbritannien hat der High Court im Spätherbst 2020 entschieden, dass Kindern unter 16 Jahren die erforderliche Reife fehlt, um „geschlechtsverändernden“ Therapien informiert zuzustimmen (<https://www.theguardian.com/world/2020/dec/01/children-who-want-puberty-blockers-must-understand-effects-high-court-rules>).

Diese Entscheidung begrüßen wir und finden, Eltern und Staat haben die Pflicht, Kinder vor der Gendermedizin zu schützen. Als Beispiel dafür kann das neue Gesetz in Arkansas dienen, das Gender-Medizin für unter 18-jährige ganz verbietet.

Wie folgenschwer die Auswirkungen eines solchen Gesetzes sein können, wird durch die Beispiele klar, die Sie auf folgenden Seiten finden:

Berichte von Betroffenen in Deutschland:

[https://post-trans.com/Detransition-Deutsch](https://deref-web.de/mail/client/-NFqVfrnQVo/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fpost-trans.com%2FDetransition-Deutsch)

<https://fffrauen.de/berichte/>

und aus anderen Ländern:

https://www.noconflicttheysaid.org/

**Um solche Konflikte zu vermeiden, möchten wir diese Alternative empfehlen:**

**Eindeutige Definition von „Transgeschlechtlichkeit“/“Transsexualität“, „Geschlechtsidentität“ und „sich einem Geschlecht zugehörig empfinden“ ohne Tautologien und in Abgrenzung zum leiblich bedingten, unveränderlichen Geschlecht.**

Die Vorstellung einer vom Körper losgelösten „Transgeschlechtlichkeit“ in die Gesetzgebung zu verankern, ohne dass die Bevölkerung über Kritik daran aufgeklärt wird und es eine breite Debatte dazu gibt, schädigt die im GG verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie das Vertrauen in unsere Institutionen und politischen Prozesse.

Wir halten dieses Gesetz für verfassungswidrig, da durch die Gleichsetzung des juristischen Konstrukts „Geschlechtsidentität“ mit dem leiblichen Geschlecht Frauen und Mädchen diskriminiert werden (Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3, Satz 1, GG).

Die rechtliche Gleichsetzung von Geschlecht mit „Geschlechtsidentität“ verletzt die Rechte Dritter (Art. 2, Abs. 1, GG) und verletzt auch dadurch die verfassungsmäßige Ordnung.

Darüber hinaus verletzt das vorliegende Gesetz eine Reihe von Menschenrechten der Frau, die in der Erklärung zu den Rechten von Frauen auf Grundlage ihres Geschlechts erneut bestätigt wurden. Hier finden wir es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass Deutschland sich durch Unterzeichnung der Istanbulkonvention und CEDAW (UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) verpflichtet hat, geschlechtsbasierte Rechte der Frauen und Mädchen zu schützen.

Wir möchten Sie auf die Frauenrechtskampagne Women's Human Rights Campaign (WHRC) aufmerksam machen. Die Kampagne besteht aus vielen ehrenamtlich mitwirkenden Frauen aus der ganzen Welt, die sich für die geschlechtsbedingten Rechte der Frau stark machen. Die Gründerinnen der WHRC haben die „Erklärung zu den Rechten von Frauen auf Grundlage ihres Geschlechts“ geschrieben, um Staaten davon zu überzeugen, beim Schutz von Frauen und Mädchen weiterhin von „Geschlecht“ anstatt von „Gender“ oder „Geschlechtsidentität“ zu sprechen.

Die Erklärung baut auf der UN-Frauenrechtsübereinkunft (CEDAW) auf und wiederholt die Punkte, die leider immer noch aktuell sind und einer weiteren intensiven Arbeit bedürfen. CEDAW verpflichtet die unterzeichnenden 189 Staaten, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen der Diskriminierungen **aufgrund des Geschlechts** zu beseitigen.

Bitte lesen Sie die Erklärung zu den geschlechtsbedingten Rechten der Frau und unterstützen Sie diese auch mit Ihrer Unterschrift. (<https://womensdeclaration.com/de>)

Mit freundlichen Grüßen

Initiative für die Rechte von Frauen/Lesben/Mädchen auf Grundlage ihres Geschlechts

Bitte unterzeichnen Sie unseren Brief!

Schicken Sie Ihren Namen und E-Mail-Adresse und/oder Anschrift an

rechte-von-flm@posteo.eu senden.